

## Italien vor Neuwahlen

Michael Braun, Repräsentant FES-Italien

Mit der durch Staatspräsident Giorgio Napolitano am 6. Februar verfügten Parlamentsauflösung und der Ansetzung von Neuwahlen für den 13./14. April 2008 endet nach nicht einmal zwei Jahren eine der kürzesten Legislaturperioden, die Italien seit 1945 erlebt hat.

Eine realistische Alternative zu Neuwahlen gab es nicht, nachdem die Regierung Romano Prodis mit dem Auszug des christdemokratischen Mini-Koalitionspartners UDEUR endgültig ihre Mehrheit im Senat verloren hatte. Zwar setzte Staatspräsident Napolitano zunächst auf die Bildung einer lagerübergreifenden Übergangsregierung mit dem Ziel, vor einem erneuten Urnengang eine Wahlrechtsreform zu verabschieden. Da sich aber die Rechtsopposition geschlossen diesem Ansinnen verweigerte, fehlte auch dieser Zwischenlösung eine Mehrheit.

Zwei Jahre nach seiner Abwahl hat nun wieder Silvio Berlusconi beste Chancen, an die Macht zurückzukehren. Doch Regierungskrise und Neuwahlen sind nicht nur Ausweis des Scheiterns der Mitte-Links-Allianz unter Prodi; sie stehen zugleich auch für die chronisch geringe Stabilität des politischen Systems Italiens.

Drei Merkmale zeichnen dieses System seit 1994 – seit dem Zusammenbruch der alten Parteien der „Ersten Republik“ – aus:

- Der zentrale Protagonist war und ist der in jenem Jahr in die Politik eingetretene Silvio Berlusconi;
- der Parteienwettbewerb ist von der Spaltung des Landes in zwei einander

feindlich bis zur gegenseitigen Bestreitung demokratischer Legitimität gegenüber stehende Blöcke geprägt; hinter ihnen stehen ähnlich polarisierte Wählerschaften, in denen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eigentlich überwunden geglaubte Feindbilder überleben;

- zugleich aber weisen beide Blöcke in ihrem Inneren eine hohe Fragmentierung in zahlreiche Parteien auf, die die Regierungsfähigkeit jeder Koalition deutlich beeinträchtigt.

### Italien seit 1994 – ein Land im Schatten Berlusconis

Als Silvio Berlusconi, der größte Medienunternehmer Italiens, im Januar 1994 seinen Einstieg in die Politik, die Gründung der Partei Forza Italia und seine Kandidatur für das höchste Regierungsamt anmeldete, befand sich das Land in einer tiefen politischen Krise.

Unter dem Druck der Korruptionsermittlungen der Mailänder Staatsanwälte waren die Regierungsparteien Democrazia Cristiana (DC), die Sozialistische Partei (PSI) sowie ihre kleineren Koalitionspartner auseinander gebrochen. Der Auflösungsprozess, der sich binnen nicht einmal zwei Jahren vollzogen hatte, ließ etwa 50% der Wählerschaft politisch heimatlos werden.

Überlebt hatte dagegen die aus der KPI hervorgegangene Partei der Linksdemokraten. Sie hoffte, bei den Wahlen von 1994 mit kleineren Partnern aus dem Mitte-Links-Spektrum nach fast 40 Jahren Opposition die Macht zu erobern.

Es war Berlusconi, der mit sicherem Gespür erkannt hatte, dass sich im Mitte-Rechts-Spektrum der Wählerschaft ein enormes Vakuum geöffnet hatte. Er stieß in dieses Vakuum, indem er auf die alte ideologische Polarisierung im Land Don Camillos und Peppones setzte. Zunächst schmiedete er ein Rechtsbündnis aus seiner eigenen Partei, aus der postfaschistischen Alleanza Nazionale, aus der rechtspopulistischen Lega Nord sowie einer kleinen christdemokratischen Liste. Die vier Anführer dieser Parteien – Berlusconi, Gianfranco Fini, Umberto Bossi und Pierferdinando Casini –, die schon 1994 antraten, um der Linken den Sieg streitig zu machen, werden auch im Wahlkampf 2008 erneut Seite an Seite präsent sein.

Zentral für Berlusconis Erfolg war, dass er zudem erkannte, dass die „alte“ ideologische Polarisierung im Land – dort hatte mit der KPI die größte Kommunistische Partei im freien Westen mit bis zu 34% der Stimmen existiert – politisch immer noch auszubeuten war. Er beschwor – und beschwört bis heute – systematisch die Angst der konservativen Wählerschaft vor den „Kommunisten“, vor den „Roten“.

Seine politischen Gegner antworteten ihrerseits mit hoher Polarisierung. Diese speiste sich einerseits aus der in westlichen Demokratien völlig anomalen Figur Berlusconis. Berlusconi nämlich ist nicht nur größter Medienunternehmer und reichster Mann des Landes – diesen Interessenkonflikt hat er nie gelöst –; er ist auch seit nunmehr 15 Jahren immer wieder Objekt von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und Angeklagter in Prozessen wegen Korruption, Bilanzfälschung, Untreue etc. Andererseits hatte Berlusconi sich mit politischen Partnern umgeben, die nicht zu den „Verfassungskräften“ Italiens zählten: AN war aus der faschistischen Partei MSI hervorgegangen, und die Lega Nord machte phasenweise offene Propaganda für eine Sezession des reichen Nordens.

Seit 1994 ist diese Konstellation – und die mit ihr einhergehende Polarisierung auch der Wähler – weitgehend unverändert geblieben. Während es Berlusconi gelang, 1994 und dann wieder in den Jahren 2001-2006 zu regieren, waren die Mitte-Links-Parteien 1996-2001 und dann wieder seit 2006 an der Macht. Jeder Wahlkampf aber drehte sich im wesentlichen alleine um die Frage „Für oder gegen Berlusconi?“, und auch der anstehende

Wahlgang wird wieder zu einem Votum über ihn.

### **Die beiden politischen Blöcke – Phalanxen, die sich selbst zerfleischen**

Jeder der vergangenen Wahlkämpfe 1994, 1996, 2001 und 2006 wurde von beiden politischen Lagern gleichsam zur Schicksalswahl stilisiert, an dem Wohl und Wehe des Landes hänge. Berlusconi beschwor sogar die Gefahr, mit einem Sieg der „Roten“ könne das Ende eines freien, demokratischen Italien schlagen – genauso wie die Mitte-Links-Allianz vor den verheerenden Folgen warnte, die ein Sieg der Rechten für das Land haben würde.

So geeint und kriegerisch sich beide Phalanxen in diesen Lager-Wahlkämpfen präsentierten, so zerstritten traten sie dann auf, kaum waren die Wahllokale geschlossen. Es wäre völlig verfehlt, daraus abzuleiten, Italien sei nur scheinbar ein bipolares System: Gerade in der Wählerschaft ist die Polarisierung unverändert präsent; und 2006 führte sie mit 49,8% für Prodi gegenüber 49,73% für Berlusconi zu einer akkuraten Zweiteilung des Landes. Italienische Wahlforscher gehen davon aus, dass Urnengänge im Land kaum durch Wechselwähler zwischen den Blöcken – die bis 2006 auf nur 2% geschätzt wurden – entschieden werden, dass Wählerwanderungen einzig innerhalb der Blöcke stattfinden.

Italien ist aber ein bipolares System der besonderen Art – ein System, das zwei Pole mit extremer Zersplitterung sieht. Die Schätzungen, ob nun 37 oder 41 Parteien im Parlament sitzen – diverse von ihnen mit nur einem Senator oder Abgeordneten – gehen auseinander, da jeder politische Beobachter den Überblick verloren hat.

Verantwortlich hierfür ist das italienische Wahlrecht, das Zersplitterung prämiiert. Schon das von 1994 bis 2001 geltende Wahlgesetz zog keine wirksame Grenze für Klein- und Kleinstparteien: 25% der Sitze wurden über Proporzlisten mit einer Sperrklausel von 4% vergeben. 75% der Sitze dagegen gingen nach dem britischen System an die mit relativer Mehrheit siegreichen Wahlkreiskandidaten. Da keine Koalition sich Sieghancen ausrechnen konnte, ohne auch die kleineren Partner fürs Bündnis zu gewinnen, ertrotzten die systematisch sichere Wahlkreise.

Weiter verschärft wurde die Zersplitterung durch jenes Wahlrecht, das Berlusconi – im Angesicht der fast sicheren Niederlage – für 2006 durchsetzte. Im Abgeordnetenhaus gab es nun einerseits ein reines Proporzwahlrecht. Die Sperrklausel wurde für alle Parteien, die sich formell einer Koalition anschlossen, auf 2% gesenkt. Mehr noch: Das siegreiche Bündnis bekam automatisch, auch wenn es nur mit einer Stimme vorn lag, im Abgeordnetenhaus 340 der 630 Sitze. Dies zwang beide Lager, noch jede Mini-Partei ins Boot zu nehmen. In der Tat gewann Prodi dann mit gerade 25.000 Stimmen Vorsprung.

Der komfortable Mehrheits-Bonus war in dieser Form aber aufs Abgeordnetenhaus beschränkt. Im Senat dagegen wurde der Bonus regionsweise vergeben. Die Folge: Hier hatte Prodi von Beginn an nur zwei Sitze Mehrheit, und dies mit einer Koalition aus 13 Parteien, von denen neun mit Ministern oder Staatssekretären am Kabinettsstisch vertreten waren. Dies war eine gute Nachricht nicht nur für Berlusconis Oppositionslager, sondern auch für die Mini-Partner in der Regierung: Sie hatten eine enorme Erpressungsmacht gegenüber dem Regierungschef und der Koalition. Und sie hatten bisher natürlich auch immer hohe Erpressungsmacht, wenn Wahlrechtsänderungen hin zu größerer Konzentration in die Diskussion kamen.

### **Die Regierung Prodi – eine gescheiterte Wende**

Prodi, der schon einmal 1996-98 regiert und an den Widersprüchen in seiner Koalition gescheitert war, suchte sich bei seiner Kandidatur 2006 gleich mehrfach gegen eine Wiederholung dieser Erfahrung abzusichern.

Erstens bestand er auf der Abhaltung einer Vorwahl unter den Anhängern des Mitte-Links-Bündnisses, um eine direkte Legitimation zu erhalten. Diese Vorwahl trug ihm im Herbst 2005 ein überzeugendes Resultat von gut 75% bei einer sensationellen Beteiligung von über vier Millionen Wählern ein.

Zweitens wirkte er auf eine Listenverbindung der beiden größten Bündnisparteien hin, der Linksdemokraten und der Mitte-Partei Margherita. Er konnte dieses Bündnis nur für das Abgeordnetenhaus durchsetzen. Dort gewann die Liste 31%. Sie sollte aber zum Kern des von Prodi angestrebten Zusammenschlusses in einer großen „Demokratischen Partei“ (DP)

werden. Jene Partei wurde dann im Oktober 2007 tatsächlich aus der Taufe gehoben, und sie überwand durchaus erfolgreich die alten Rivalitäten zwischen den beiden größten Partnern der Allianz.

Drittens schließlich bestand er auf der Fixierung eines Koalitionsprogramms, das alle Partner von der radikalen Linken bis zu katholisch-christdemokratischen Kräften in der politischen Mitte binden sollte.

Alle drei Forderungen Prodis wurden erfüllt – und konnten doch die inneren Konflikte nicht bändigen. Schon die Kabinettsbildung wurde zum Symbol der Zersplitterung. Jene Mitte-Links-Allianz, die noch im Wahlkampf über Berlusconis 101 Minister und Staatssekretäre gespottet hatte, vergab am Ende selbst gar 103 Posten in der Regierung – weil eben auch der kleinste Partner versorgt sein wollte.

Aber auch die Formelkompromisse im 281 Seiten langen Programm trugen nicht lange. Schnell wurden die Widersprüche zwischen der Demokratischen Partei und ihren Partnern auf der Linken – gleich zwei kommunistische und eine linkssozialistische Partei sowie die Grünen – ebenso wie zu den Mini-Alliierten rechts von den Demokraten sichtbar. Felder des Konfliktes waren immer wieder die Außenpolitik (beginnend bei der Militärmission in Afghanistan) sowie die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Prodi gilt zwar als Meister des politischen Kompromisses, doch der Dauer-Krach sorgte bald für ein völlig vergiftetes Klima zwischen den Koalitionspartnern. Den Rest besorgte die hauchdünne Mehrheit im Senat – am Ende reichte der Austritt der 1,4%-Partei UDEUR, um die Regierung zu stürzen. Eine Regierung, die in den 20 Monaten ihrer Amtszeit immerhin große Sanierungserfolge vorweisen und die Netto-Neuverschuldung von 4,3% im Jahr 2006 auf etwa 2% im Jahr 2007 zurückführen konnte. Eine Regierung, die per Bekämpfung der Steuerhinterziehung Einnahmezuwächse von über 20 Milliarden Euro im Jahr realisieren konnte. Eine Regierung, die im Jahr 2008 dazu schreiten wollte, per Steuersenkungen und Erhöhung von Sozialleistungen die Bürger an der verbesserten Situation partizipieren zu lassen. Eine Regierung aber auch, die angesichts ihrer Selbstdarstellung als angestrittener Haufen ebenso wie angesichts teils schmerzhafter sparpolitischer Maßnahmen auf dem Tiefpunkt ihrer Popularität angekommen

war – ohne jetzt noch die Chance zu haben, per Gewährung von Leistungen die Stimmung zu wenden.

### **Das endgültige Ende der Mitte-Links-Allianz – hin zu einer Neuordnung des Mitte-Links-Spektrums unter Walter Veltroni?**

Im Jahr 2006 war Prodis breites Bündnis unter dem Namen „Union“ vor die Wählerschaft getreten. Diese Union gehört der Vergangenheit an. Walter Veltroni, der im Oktober 2007 per Urwahl unter Beteiligung von gut drei Millionen Anhängern zum Vorsitzenden gekürte Chef der Demokratischen Partei, hat offiziell das Ende der Union dekretiert.

Veltroni, der 52-jährige Bürgermeister Roms, ist nach Prodi der neue und einzige Hoffnungsträger der Demokratischen Partei; er wird als ihr Spitzenkandidat in den Wahlkampf ziehen. Und Veltroni versucht in äußerst gewagter Manier, sich ebenso wie die Partei als einzige wirkliche Neuerung nach 14 Jahren der durch Berlusconi geprägten Auseinandersetzungen zu präsentieren.

Zentral in diesem Projekt ist die Absage an die bisherige Koalition als pure Summierung aller gegen Berlusconi mobilisierbaren Kräfte. Bis 2006 habe gegolten: „erst die Koalition, dann ihr Programm“, so Veltroni, er dagegen werde es anders herum machen: „Erst das Programm, dann die Koalition“. Was er meinte, fügte er umgehend hinzu: Die Demokratische Partei werde „alleine“ antreten.

Dies ist eine Absage vor allem an die vier Parteien auf der radikalen Linken – und es ist eine Absage, die dem italienischen Parteiensystem gut bekommen könnte. Denn diese vier Parteien haben „alleine“ nur eine Chancen, wenn sie ihrerseits die Zersplitterung überwinden und mit einer Einheitsliste antreten.

Zudem trifft die Absage aber auch Mini-Listen hin zur politischen Mitte. Einzig mit der Partei „Italien der Werte“ des früheren Anti-Korruptions-Staatsanwaltes Antonio Di Pietro kann Veltroni sich noch eine Listenverbindung vorstellen. Sollte er bei seinem harten Kurs bleiben, stünden diverse andere Listen wohl vor dem politischen Aus, da sie allein nie die nötigen vier Prozent erreichen.

Vor allem aber hofft Veltroni darauf, mit diesem radikalen Schnitt zugleich als derjenige vor die

Wählerschaft zu treten, der im instabilen, zersplitterten politischen System Italiens Neues wagt. Nicht umsonst borgte er sich Barack Obamas Slogan „Yes we can“ aus, um seine Kampagne zu beschreiben. Selbst eine „ehrenvolle“ Wahlniederlage, bei der die Demokratische Partei 35% und die radikal-linke Liste etwa 10% erreichen würde, gäbe ihm die Chance, aus der Opposition heraus als Mann der Zukunft für die gemäßigte Linke Italiens zu agieren.

### **Italiens Rechte – neue Einheit mit alten Konflikten**

In den Tagen der Regierungskrise traten die Parteien der Rechtsopposition wieder völlig geeint auf – geeint in der Forderung nach Neuwahlen, geeint im Triumph angesichts des Sturzes der Regierung, geeint in der Hoffnung auf den Sieg, der ihnen nach den aktuellen Meinungsumfragen mit 55% gegenüber 44% für die bisherigen Regierungsparteien winkt. Doch diese Einheit ist purer Schein. Noch im Dezember 2007 war die Rechtsallianz „Haus der Freiheiten“ von allen Partnern für tot erklärt worden, hatten der Christdemokrat Pierferdinando Casini und der Postfaschist Gianfranco Fini offen den Führungsanspruch Berlusconis in Frage gestellt.

Jetzt dagegen wird das Bündnis wieder gemeinsam antreten, unter dem Spitzenkandidaten Berlusconi. Und wie es scheint, werden auf der Rechten wieder zahlreiche Klein- und Kleinstlisten dabei sein. Berlusconi darf deshalb zwar auf einen Wahlsieg hoffen – auf einen Wahlsieg aber, der ihm alle jene Probleme beschert, wie sie vor ihm Prodi hatte. Schon kündigte Casini an – ganz als seien die Stimmen schon ausgezählt – seine christdemokratische UDC sei „in beiden Häusern für die Mehrheit unverzichtbar“, schon auch teilte er mit, er müsse nun einmal „Wünsche und Realität auseinanderhalten“, er jedenfalls sei „bloß unter dem Zwang des geltenden Wahlrechts“ im Bündnis mit Berlusconi. Eben dies wird ein zentrales Wahlkampffargument Walter Veltronis gegen Berlusconi sein: Dass der bloß zur fünften Neuaufgabe eines Stückes fähig ist, an dem Italiens Bürger sich eigentlich satt gesehen haben.